

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/19

26. Januar 1973

Dank an Lotte Lemke

Zum 70. Geburtstag der AWO-Ehrenvorsitzenden

Von Dr. Katharina Focke MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Die Wahrheit ist die Wirklichkeit

Die CDU läuft hinter der politischen Entwicklung her

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Wetberlin im internationalen Sport

Klarstellung durch das Vier-Mächte-Abkommen

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB
Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Partei-
vorstand

Seite 5 / 38 Zeilen

Das freie Gespräch nützt dem Frieden

Anmerkungen zu einem Kommentar der DDR-Nach-
richtenagentur ADN

Von Fritz Sängler
Chefredakteur a.D. der Deutschen Presseagentur
(dpa)

Seite 6 und 7 / 72 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Haussallee 2-10
Postfach: 130 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 895 848 / 895 847
895 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Dank an Lotte Lemke

Zum 70. Geburtstag der AWO-Ehrenvorsitzenden

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Am 28. Januar 1973 wird Lotte Lemke 70 Jahre alt, eine Frau, die nicht nur mit Verstand und Geschick maßgebend für die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt zu einem leistungsfähigen und modernen Wohlfahrtsverband verantwortlich ist, sondern darüber hinaus die gesamte freie Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit in unserem Land mit beeinflusst hat.

Im Herbst 1971 hat sich Lotte Lemke mit einem Referat zum Thema "unsere Verantwortung heute für morgen" als Vorsitzende von der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt verabschiedet. Das scheint mir auf den ersten Blick für eine 68jährige ein recht ungewöhnliches Thema für eine Abschlußrede zu sein. Aber in einem Alter, wo andere vielleicht Bilanz gezogen oder Rückblick gehalten hätten, gab es für Lotte Lemke keinen Stillstand der Gedanken, kein wehmütiges oder selbstzufriedenes Zurückschauen auf Geleistetes. Was immer Lotte Lemke tut und, ich bin sicher, auch als Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt noch tun wird: für Reminiszenzen hat sie keine Zeit. Das Vorausplanen, Weitermachen, Neugestalten ohne Rücksicht auf Schwierigkeiten und oft unüberwindbar erscheinende Hindernisse stellt für mich den ausgeprägtesten und zugleich bewunderswürdigsten Charakterzug dieser Frau dar.

Als Marie Juchacz 1929 die junge Fürsorgerin aus Galau nach Berlin zum Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt holte - eine Auszeichnung, die sie ihrer Intelligenz, ihrer Urteilsfähigkeit und ihrer Hilfsbereitschaft zu verdanken hat -, schien sich für Lotte Lemke die große Chance zur Verwirklichung ihrer sozialen und fürsorglichen Vorstellungen anzubahnen. Als Geschäftsführerin des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt war sie aktiv am Aufbau der ersten Ausbildungsstätte für beruflich fürsorgliche Tätigkeit beteiligt. In ihrem Engagement für die Errichtung von Kinderheimen, Erholungsstätten und Erziehungsstätten für gefährdete und entwicklungsgestörte Kinder zeigt sich eine pädagogische Aufgeschlossenheit und fürsorgliche Einstellung, die der damaligen Zeit weit voraus waren.

Dieses mühsam aufgebaute Werk der Arbeiterwohlfahrt wurde durch die nationalsozialistische Machtübernahme jäh unterbrochen. Lotte Lemke erhielt Berufsverbot, wurde von der Gestapo verfolgt und auch eingesperrt, aber auf Grund ihres überlegenen Verhaltens wieder freigelassen. Die Gestapo hatte nicht herausgefunden, daß die überall gesuchte "Gerda" identisch war mit Lotte Lemke. In jenen Tagen war für viele Zeitgenossen die Ausweglosigkeit der

Situation Anlaß zur Resignation. Nicht so für Lotte Lemke. Ihre Energie und ihr unbeirrbarer Tatendrang, gepaart mit einem fast an Besessenheit grenzenden Willen zur Hilfe für Menschen in Not, ließen in ihr keinen Gedanken an passives Abwarten aufkommen. Im illegalen Kreis der SPD um Kurt Schumacher stand sie in jenen schweren Tagen ihren "Mann". Mehr noch, sie übernahm die gefährliche Aufgabe eines Kuriers zwischen Berlin und Prag, dem Sitz der Exil-SPD. Ihre intellektuelle Wendigkeit und ihre wachsamen Fähigkeit, Risiken zu erkennen und zu meistern, ermöglichten es ihr, unzählige Male mit Informationen und Dokumenten die Grenzen zu passieren. Wer wie ich miterlebt hat, wie sehnsüchtig die Menschen in der Emigration auf unfrisierte Berichte der Background-Informationen aus Deutschland warteten, weiß, welchen unbezahlbaren Dienst Lotte Lemke damals für Deutschland geleistet hat.

Aber diese harten Jahre konnten die offenbar unerschöpflichen Kraftreserven von Lotte Lemke nicht schwälern. Auch Hunger, Kälte und überfüllte Züge der ersten Nachkriegsjahre hinderten sie nicht, mit Vitalität und Zielstrebigkeit die Arbeiterwohlfahrt wieder zu organisieren, die Ortsausschüsse zu koordinieren und Kontakt mit den Besatzungsmächten aufzunehmen. Wenn sich die Arbeiterwohlfahrt heute als gleichwertiger Partner der Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtspflege präsentiert, so ist das vor allem den Mitarbeitern der ersten Stunde zu verdanken - allen voran Lotte Lemke.

Wenn ich einleitend erwähnte, wie sehr ich an Lotte Lemke die Fähigkeit bewundere, nicht nur das schnell und unkonventionell zu tun, was heute getan werden muß, sondern darüber hinaus zu erkennen, was morgen notwendig sein wird, so hat diese Eigenschaft sie bestimmt vor dem Fehler vieler Persönlichkeiten des Wiederaufbaus bewahrt, die die veränderten Probleme einer Wohlstandsgesellschaft zu leicht übersehen haben. Sie hat entscheidend mitgeholfen, den Begriff der fürsorglichen Tätigkeit auszudehnen vom engen Verständnis der sozialen Hilfe für notleidende und benachteiligte Menschen über die Analyse der gesellschaftspolitischen Situation zu flankierenden Vorsorgemaßnahmen für soziale Verhältnisse und neue Lebensumstände: "Am Beispiel der sozialen Randgruppen wird auf besonders augenfällige Weise deutlich gemacht, daß soziales Handeln, soll es mehr sein als Anpassungshilfe, soll soziale Arbeit eine andere Funktion haben als die einer sozialer Feuerwehr, sie der Ergänzung durch politische Akte bedarf, die grundlegende Veränderungen bewirkt" (Lotte Lemke).

Welchen Erfolg dieses Zusammenwirken von sozialem Handeln und politischem Engagement haben kann, hat Lotte Lemke selbst am eindrucksvollsten bewiesen. Dafür sind wir ihr alle dank schuldig.
(-/ 26.1.1973/bgy/ex)

Die Wahrheit ist die Wirklichkeit

Die CDU läuft hinter der politischen Entwicklung her

Die hitzige deutschlandpolitische Debatte, die sich an die kurze Einführungsrede des neuen Bundesministers Egon Bahr explosionsartig anschloß und über weite Strecken die Debatte zur Regierungserklärung bestimmte, hat die Bonner Parlamentssituation weithin ausgeleuchtet. Über die Positionen, die von der Opposition bezogen worden sind, kann es jedenfalls in diesem wichtigen Bereich keine Unklarheiten geben. Solange Politiker, wie der stellv. Fraktionsvorsitzende Heinrich Windelen oder der Außenpolitiker Dr. Werner Marx die deutschlandpolitische Szene der Union beherrschen, solange wird man mit einer starren Anti- und Nein-Haltung der CDU gerade auch in einem Gebiet rechnen müssen, das für die nach allen Seiten offenen Nachbarschafts- und Partnerschaftsbemühungen der Bundesrepublik von existentieller Bedeutung ist

Das wurde besonders deutlich in der lautstarken Auseinandersetzung um den Begriff der Wahrheit, den Egon Bahr in berechtigter Überzeugung in die Debatte eingebracht hat, daß man die damit verbundenen Intentionen verstehen könnte. Die Opposition hat zum wiederholten Male gezeigt, daß sie für politische Nuancen, die über den grobschlächtigen Tagesgebrauch hinausgehen, unzugänglich ist, auch wenn man hier einkalkuliert, daß Egon Bahr für sie ein allergischer Punkt ist. Man hat die Opposition schon von anderer Seite darauf hingewiesen, daß ihr alter großer Mann, Konrad Adenauer, für sein, von der CDU bis Denkmalshöhen hinaufgelobtes politisches Wirken drei Wahrheiten gekannt hatte: die einfache, die reine und die lautere, wobei er eingestand, daß er es mit der einfachen Wahrheit halte, während die lautere Wahrheit nur Heiligen oder besonders frommen Christen vorbehalten sei.

Egon Bahr hatte zweifellos nicht die Absicht gehabt, diese

eisigkalte Adenauer-Philosophie auf die sozialliberale Deutschlandpolitik anzuwenden, die er selbst mit der ihm eigenen und so engagierten Energie, Intensität und Geduld mit entwickelt und verwirklicht hat. Was er sagte und meinte, war ganz einfach die Feststellung, daß man nach 1969 und heute die Wahrheit lies Wirklichkeit aussprechen kann, die man zu Zeiten der CDU- und CSU-Regierung nicht sagen konnte, obwohl sie die Union freilich selbst kannte: daß nämlich als Spätfolge des Zweiten Weltkrieges die DDR der zweite Staat auf deutschem Boden ist.

Der normale Bundesbürger wird die Erregung der Opposition nicht verstehen können, wenn er, aus dem Wust der Sensationsmeldungen und ersten überhasteten Kommentare befreit, in Ruhe den eigentlichen Tatbestand lesen und aufnehmen kann. Mit dem Faktum der zwei deutschen Staaten leben wir bereits so lange, daß es für den Bundesbürger längst zur Wirklichkeit lies Wahrheit geworden ist. Das exaltierte Protestgeschrei der CDU- und CSU-Abgeordneten im Bundestag, die, von ihrem Fraktionsvorsitzenden angeheizt, Egon Bahr als Exponenten der Deutschlandpolitik Willy Brandts zumindest in effigie steinigen wollten, hilft nun allerdings nicht über die betrübliche Erkenntnis hinweg, daß diese von Barzel und Strauß geführten Unions-Parteien CDU und CSU auch im Januar 1973 ganz offensichtlich noch in deutschlandpolitischen Positionen verharren, die von der Entwicklung schon längst überholt worden sind.

Zwar schreibt die CDU die Abkürzung DDR nicht mehr in Anführungszeichen, wie das ihr Axel Cäsar Springer unverzagt weiter tut, aber der Nachvollzug einer Politik und einer Entwicklung, die für die gesamte übrige Welt heute Wahrheit, also Wirklichkeit, ist, der steht ihr erst noch bevor. (ce/26.1.1973/bgy/ee)

Westberlin im internationalen Sport

Klarstellung durch das Vier-Mächte-Abkommen

Von Dr. Adolf Müller-Ermert MdB

Stellv. Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Die Diskussion um die Integration des Westberliner Sports in die Sportorganisationen der Bundesrepublik und die damit verbundene Außenvertretung hält weiter an.

Im Vier-Mächte-Abkommen wurden die Grundlagen für die rechtsverbindliche Einbeziehung der Westberliner Sportorganisationen in die Verbände der Bundesrepublik und ihre Vertretung geschaffen. Bisher ist es aber noch nicht vollständig gelungen, alle Schwierigkeiten der Vergangenheit zu beseitigen.

Der Standpunkt des Sports in der Bundesrepublik ist eindeutig. Es untersteht der alleinigen Entscheidungsbefugnis des bundesrepublikanischen Sports, ob und wieviel Westberliner Sportler in den Auswahlmannschaften der Bundesrepublik bei Sportbegegnungen mit der DDR oder osteuropäischen Ländern eingesetzt werden. Auch die Bestimmung der Austragungsorte - etwa Westberlin - muß den Sportorganisationen der Bundesrepublik vorbehalten bleiben.

Es bedarf nachdrücklicher Beharrlichkeit, die DDR und die meisten osteuropäischen Länder im Bereich der gegenseitigen Sportbeziehungen auf diesen Westberlin-Modus festzulegen.

Für die Volksrepublik China ist in den Beziehungen zur Bundesrepublik die Westberlinfrage offenbar gelöst. Mit der befriedigenden Einbeziehung Westberlins in den deutsch-chinesischen Handelsvertrag vom Dezember 1972 wurde eine bedeutsame Grundsatzvereinbarung getroffen. Die Auswirkungen dieser Regelung sind auch für den Sport von Wichtigkeit. Nach dem ersten Besuch der deutschen Tischtennis-Nationalmannschaft in der Volksrepublik China werden im Frühjahr 1973 weitere deutsch-chinesische Sportbegegnungen in der Bundesrepublik folgen. Dem ersten Tischtennis-Länderkampf gegen die Bundesrepublik werden die Chinesen bei ihrem Deutschlandbesuch im April in Westberlin austragen.

Eine zufriedenstellende Basis für die ungestörte Einbeziehung Westberlins in den Ost-West-Sportverkehr sind seit Jahren die Beschlüsse und Verfahren des Internationalen Olympischen Komitees und der internationalen Sportföderationen. Zusammen mit der Vier-Mächte-Vereinbarung wurde durch diese international akzeptierte Praxis für Westberlin eine gesicherte Position möglich, die in den künftigen Sportbeziehungen uneingeschränkt vertreten werden muß.

(-/26.1.1973/ks/ex)

+ + +

Das freie Gespräch nützt dem Frieden

Anmerkungen zu einem Kommentar der DDR-Nachrichtenagentur ADN

Von Fritz Sänger

Chefredakteur a.D. der Deutschen Presseagentur (dpa)

In einer der erstaunlichsten Reaktionen auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt hat die offizielle DDR-Nachrichtenagentur ADN bemängelt, "daß die Bundesregierung unter 'Miteinander' offenbar die Verwirklichung der dem Frieden widersprechenden Parole von der 'freien Bewegung von Personen, Informationen und Ideen' versteht". Danach soll also die "freie Bewegung von Personen", soll auch der Austausch oder freie Fluß der Informationen und der Ideen den Frieden gefährdet und ihm widersprechen. Wie soll das begründet werden?

Lange vor der Zeit, in der dann endlich die Möglichkeit bestand und genutzt werden konnte, eine progressive, vernunftbestimmte und sachliche Politik der Entspannung nüchtern zu betreiben, wurden in den Staaten des Ostblocks zum Zwecke des Nachrichtenaustausches und der gegenseitigen vollständigen und zuverlässigen Informations-Verträge abgeschlossen. Die Deutsche Presseagentur (dpa) und die sowjetische TASS sowie die Agenturen aller Staaten des Ostens haben solche Verträge nicht nur unterzeichnet, sondern sie praktizieren sie. Dabei muß dann freilich über eine Voraussetzung Verständigung erzielt worden sein: Gedacht ist an unabhängig und frei nachprüfbare zuverlässige Nachrichten und an Gespräche und Begegnungen, in denen nicht Propaganda betrieben, sondern redlich Erfahrung und Erlebnis ausgetauscht werden.

Ist das offizielle Nachrichtenburo der DDR heute wirklich der Meinung, daß ein Informationsfluß, der alle Menschen erreicht, das Gift des Zwistes heranschwemmt? Glaubt in Ostberlin wirklich jemand, daß die Begegnung und das Gespräch von Menschen diesseits und jenseits irgendwelcher Grenzen den Frieden gefährdet? ADN hatte doch selbst erst Anfang Dezember 1972 Goldgenheit gehabt, aus Hamburg über eine Begegnung einer Reihe prominenter Persönlichkeiten aus Ost und West und über ihre Diskussion zu berichten, in der man die Frage zu beantworten versuchte, was normale völker-

rechtliche Beziehungen zur DDR und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen für die Förderung des Friedens und der Sicherheit in Europa bedeuten". Es gab dort - und nicht zum ersten Male - einen regen und wertvollen Informationsaustausch. Soll er nun nach der Meinung von ADN etwa nur auf die kleine Zahl der Teilnehmer solcher Veranstaltungen beschränkt bleiben? Soll die Masse der Bürger hüben und drüben und anderer Staaten nichts über die Bemühungen zur Wahrung des Friedens erfahren. Über die Schwierigkeiten auf diesem Wege, über die Ursachen der Hindernisse, aber auch über Erfolge? Wir halten diese unsere Frage selbst für absurd, weil wir nicht annehmen wollen, daß jemand heutzutage tatsächlich eine solche Meinung haben könnte.

Auch die Bürger in der DDR suchen die Information, und nur Narren können glauben, daß man sie verhindern kann. Das hat noch kein System erreicht, mit welchen Maßnahmen auch immer der Versuch unternommen wurde. Auch wo es für kurze Zeit gelingen mag, die Verbreitung "unerwünschter" Informationen zu unterbinden, dort wuchert in eben dieser Zeit üppiger als je zuvor das Flüstern der Parolen, das Raunen der Wunschträume, die Unredlichkeit der Gerüchte, die ohne eine reale Chance der Kontrolle mit der Zähigkeit des steten Tropfens, der jeden Stein höhlt, eine unsaubere, den Frieden im Lande und in der Welt zerfressende Wirkung ausüben.

"Es gibt keine Entspannung, es gibt keinen Frieden ohne den Austausch der Nachrichten und ohne die ständige Begegnung der Menschen über den Erdball hin". Ich habe diesen Satz am 28. November 1957 in Moskau in meinen Kalender geschrieben; gesprochen hatte ihn ein sowjetischer Kollege. Es war der Tag, an dem die TASS und die öpa einen freien Nachrichtenaustausch beschlossen hatten. Die Bürger aller Staaten des Ostblocks, mit denen entsprechende Abkommen seit jenen Jahren bestehen, haben den Nutzen vieler neuer Informationen und der Begegnungen erfahren und wahrgenommen.

Das Hinüber und Herüber - das miteinander sprechen, das einander informieren, das einander immer wieder begegnen - hat dem Frieden gedient. Die politischen Tatsachen von heute weisen das aus. Soll das wieder rückläufig werden?!

(-/26.1.1973/ks/ex)